

Wirtschaftswoche vom 19.01.2015, S. 1

**SCHULDEN**

# Der nächste Fehlgriff

Dutzende Kommunen in NRW haben Kredite in Schweizer Franken aufgenommen, um Geld zu sparen. Stattdessen wird es jetzt richtig teuer.

André Kuper kann sich noch gut an all die Verkaufsgespräche erinnern. „Insbesondere in den Jahren kurz vor der Finanzkrise haben die Vertreter der WestLB bei nahezu allen Treffen versucht, uns die Kredite in Schweizer Franken schmackhaft zu machen.“ Kuper war 15 Jahre lang Bürgermeister der westfälischen Gemeinde Rietberg, auf die Angebote eingegangen ist er nie, anders als mancher Kollege.

Inzwischen sitzt Kuper als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Düsseldorfer Landtag, die WestLB gibt es nicht mehr – doch die Franken-Kredite sind immer noch da.

Mit der überraschenden Freigabe des Wechselkurses am Donnerstag vergangener Woche werden sie nun endgültig zum Problem. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums haben die Kommunen des Landes insgesamt 1,8 Milliarden Euro Kredite in Fremdwährungen, in erster Linie Schweizer Franken. Mit jedem Cent, den die Währung gegenüber dem Euro an Wert gewinnt, wird die Rückzahlung teurer. Und es sind viele Cent. Denn die meisten Kommunen haben die Kredite vor 2008 aufgenommen, da stand der Euro meist zwischen 1,55 und 1,60 Franken. Direkt nach der SNB-Entscheidung vergangene Woche waren es zeitweise nur 85 Rappen, seitdem pendelt der Kurs wenige Cent über der Parität. Die Rückzahlung der Kredite wäre damit aktuell rund 50 Prozent teurer als ursprünglich

erhofft. Mit anderen Worten: Allein den NRW-Kommunen drohen Verluste von bis zu 900 Millionen Euro. Dabei steckte hinter dem Geschäft einst der Versuch, Geld zu sparen.

**ANSTECKENDER FEHLER**

Das zeigt beispielhaft die Handreichung „Finanz- und Zinsmanagement für Kommunen“, die die landeseigene NRW-Bank und der Städte- und Gemeindebund 2007 veröffentlicht haben. Beispielhaft wird darin die Strategie der niederrheinischen Stadt Moers vorgestellt, die mit Währungsswaps gute Geschäfte gemacht habe. „Hiermit ist die Chance auf einen deutlichen nominalen Zinsvorteil sehr hoch, da in den letzten Jahren der Zinsabstand zwischen den beiden Währungsräumen

**Teure Absicherung**

Kredite nordrhein-westfälischer Kommunen in Schweizer Franken und Anteil an der Gesamtverschuldung



Quelle: IT.NRW

Wirtschafts  
Woche



durchweg zwischen 1,1 Prozent und 2,2 Prozent lag.“ Darin lag der Clou des Geschäfts, der der Kreditaufnahme in Franken zugrunde lag: Schulden in Schweizer Währung waren zu deutlich besseren Konditionen zu haben, so konnte die Zinsbelastung gesenkt werden.

Doch das Geschäft basierte auf einer wichtigen Annahme: Das Kursverhältnis der Währungen muss stabil bleiben. 2007 war man in dieser Hinsicht optimistisch: „Simulationsrechnungen sowie die bisher sehr erfolgreiche Politik der Schweizer Notenbank zur Vermeidung einer starken Aufwertung des Schweizer Franken bestärkten uns in der Ansicht, dass die Chance das Risiko überwiegt“, heißt es über das Beispiel Moers.

Von dieser Fehleinschätzung haben sich offenbar viele Kämmerer anstecken lassen. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums hatten rund 30 Städte im Land Ende 2013 Fremdwährungskredite in den Büchern. Allein die Stadt Essen hat Kredite von mehr als 300 Millionen Euro in Fremdwährungen aufgenommen, auch in Bochum und Münster sind es jeweils dreistellige Millionenbeträge.

#### **LAND LEHNT MITSCHULD AB**

„Natürlich sind die Kommunen dafür in erster Linie selbst verantwortlich“, sagt André Kuper, „aber auch das Land trägt eine Mitschuld.“ Denn es waren offenbar nicht nur die beratenden Banken selbst, die den Kommunen die Kredite schmackhaft machten. „Fremdwährungsgeschäfte sind auch vonseiten der Kommunalauf-

sicht des Landes zugelassen und werden von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur Senkung der Zinsbelastung empfohlen“, heißt es in der Analyse von 2007.

Noch im Dezember 2014 hat das Innenministerium Fremdwährungskredite als Instrument genannt, wenngleich eine Absicherung gegen Kursveränderungen empfohlen wird. Das Ministerium will die Mithaftung denn auch nicht gelten lassen. „Die Verantwortung für ihre Kreditgeschäfte liegt allein bei den Kommunen“, sagt eine Sprecherin, „das ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung.“

Anders als bei den Zinsswap-Geschäften, wegen derer die Städte derzeit reihenweise Schadensersatz zugesprochen bekommen, sollten sie sich bei den Franken-Krediten keine Hoffnungen machen. Im Herbst hat sich das Landgericht München mit einer entsprechenden Klage der holsteinischen Stadt Bad Bramstedt befasst. Fazit: Das Risiko von Wechselkursverlusten sei „allgemein bekannt“.

So bleibt den betroffenen Kämmerern nur die Hoffnung, dass sich das Problem von selbst löst. „Wir haben im vergangenen Jahr keine Veränderung an unseren Kreditlinien in Schweizer Franken vorgenommen“, heißt es in Gelsenkirchen. Zwar bewerte man den Kredit von Jahr zu Jahr neu, aber der Kurs des Franken könne ja auch wieder fallen. Ein seltenes Maß an Optimismus – aber das gehört als Kämmerer in NRW wohl zu den Einstellungsvoraussetzungen. ■

konrad.fischer@wiwo.de